



FRIEDENS-INFO

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de



FRIEDEN STATT EU!

Vor der Wahl des EU-Parlaments wird uns in den buntesten Farben das Bild von einer „Friedensmacht EU“ präsentiert. Tatsächlich aber erhöhen die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten die Militärbudgets. Mit dem Aachener Vertrag werden die Weichen auf Krieg gestellt. Währenddessen unterstützt die Bundesregierung die Beerdigung des INF-Vertrages durch die US-Regierung.

Die Bundesregierung behauptet: „Über 70 Jahre Frieden in Europa (...) Während unsere Väter, Großväter und Urgroßväter noch in den Krieg zogen, dürfen wir heute unseren europäischen

Nachbarn vertrauen. (...) Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden.“ Mit der Realität hat das nichts zu tun.

Vor 20 Jahren, im März 1999, startete die mit der EU verbündete NATO einen 78 Tage dauernden Bombenkrieg gegen Serbien. 2 500 Zivilisten, darunter 78 Kinder, wurden durch die westliche Allianz getötet. Bis heute wurden die verantwortlichen Regierungschefs für dieses Kriegsverbrechen weder angeklagt noch verurteilt.

Die EU steht seitdem für mehr Aufrüstung, internationale Kriegseinsätze und gemeinsam mit NATO und USA für das

Vorantreiben eines neuen Kalten Krieges gegen Russland.

RAUS AUS DER NATO

Bereits im Lissabon-Vertrag der EU von 2009 ist festgehalten, dass sich die Mitgliedstaaten verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Auf dieser Grundlage wurde 2017 die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ – englisch abgekürzt PESCO – vereinbart. Das bedeutet: Mehr Staatsausgaben für Rüstungsprojekte, gemeinsame Militärmissionen, panzertaugliche Autobahnen innerhalb der EU für 6,5 Milliarden. Euro.



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Frieden –
dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne (gratis):

- Die UZ sechs Wochen
Probelesen (Print & Online!)
Der Bezug endet automatisch
- Das EU-Wahlprogramm der DKP
- Weitere Informationen über
die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Partei Vorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de



Der jüngst von Merkel und Macron unterzeichnete „Aachener Vertrag“ treibt dies noch weiter – mit einer Aufrüstungsverpflichtung, die ausdrücklich auch die NATO stärken soll, gemeinsamer Rüstungsexportpolitik und der Absicht, deutsch-französische Interventionskriege zu führen. Diese sind schon heute Realität.

Während Kritik an der EU pauschal als nationalistisch diffamiert wird, unterstützt die EU – u.a. mit der Bundeswehr in Mali – die neokolonialistischen Kriege des Westens in Afrika.

EU UND NATO, HAND IN HAND

Zwar ist viel von „strategischer Autonomie“ der EU die Rede, doch bereits bei der Gründung von PESCO haben USA und NATO klargemacht, dass die EU-Militärpolitik NATO-kompatibel sein muss. Wenn es gegen gemeinsame Feinde geht, passt zwischen EU und NATO kein Blatt Papier.

Der neue Kalte Krieg gegen Russland wird immer weiter eskaliert. Statt auf Entspannungspolitik und Abrüstung zu setzen, wurde der INF-Vertrag von den USA aufgekündigt. Mit einer neuen Aufrüstungsrunde in der Kategorie nuklearer Mittelstreckentraketen wird von den USA und ihren Verbündeten ein Schlachtfeld Europa riskiert. Anstatt sich für unser Interesse an Frieden und Sicherheit einzusetzen, übernimmt die deutsche Bundesregierung unter Merkel und Maas die Rechtfertigungspropaganda der US-Regierung. Anstatt zur Deeskalation beizutragen, sucht die Bundesregierung mehr denn je die Nähe zur US-Regierung



und gefährdet den Frieden in Europa. Beispielsweise, wenn alle neun Monate US-Truppen und -Kriegsgerät durch die Bundesrepublik in Richtung russischer Westgrenze transportiert werden, wie zuletzt im Februar.

Oder wenn die Bundeswehr selbst als Führungstruppe in Litauen Teil der Drohkulisse gegen Russland ist. Oder wie im Falle des US-gesteuerten Putschversuches in Venezuela, als Bundesaußenminister Maas gar nicht schnell genug den selbsternannten „Übergangs-Präsidenten“ Guaidó anerkennen konnte. Oder bei der Lagerung von US-Atomwaffen auf dem Fliegerhorst der Bundeswehr im rheinland-pfälzischen Büchel oder den anderen US-Militärbasen und -Kommandos wie Ramstein, Spangdahlem, EUCOM und AFRICOM ...

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Seit Jahrzehnten haben USA, NATO, EU und Verbündete die wirtschaftliche, militärische und politische Vorherrschaft in der Welt. Trotz mancher Uneinigkeiten wie etwa dem jüngsten Handelsstreit zwischen USA und EU oder dem Tauziehen um die NATO-Finanzierung: Angesichts der Bedrohung der wirtschaftlichen Vorherrschaft des Westens durch China und zahlreiche andere aufstrebende Länder hält „der Westen“ zusammen. Mit massiver Aufrüstung, mit einem Vorrücken der NATO nach Osten, mit Stärkung des weltumspannenden Netzes US-amerikanischer Militärbasen und nicht zuletzt mit der Befreiung von den

Begrenzungen des INF-Vertrages soll nach Willen der westlichen Regierungen der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung gestoppt werden.

Diese Maßnahmen steigern die Kriegsgefahr und lassen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung dafür sprichwörtlich bezahlen: So wurde der bundesdeutsche Militäretat im vergangenen Herbst um 4,71 auf 43,2 Milliarden Euro pro Jahr erhöht.



Anfang des Jahres bestätigte die Bundesregierung, in den nächsten fünf Jahren das Budget weiter auf dann gut 60 Milliarden Euro anzuheben – während in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Personalnotstand herrscht und die Kommunen finanziell ausgeblutet werden.



Am 26. Mai 2019

DKP WÄHLEN!

WIR WOLLEN EINE GANZ ANDERE POLITIK

- Wir wollen, dass die Bundesrepublik nicht länger Aufmarschgebiet für Truppen gegen Russland ist. Daher fordern wir die Kündigung des Vertrages über die Stationierung ausländischer Truppen

- Wir wollen, dass die Bundeswehr nicht länger weltweit Krieg führt und Bundeswehrsoldaten das Kanonenfutter für deutsche Wirtschaftsinteressen sind. Deshalb fordern wir: Abzug der deutschen Soldaten aus allen Auslandseinsätzen!

- Wir wollen eine Außenpolitik unseres Landes, die nicht für Aggressivität und Aufrüstung, sondern für Frieden, gute Nachbarschaft und Freundschaft mit Russland und China steht. Deshalb fordern wir: Austritt aus der NATO! Nein zur EU!

- Wir wollen uns nicht länger in die Tasche greifen lassen für Drohnen, Panzer und Kriegsschiffe. Deshalb fordern wir: Geld für Bildung, Rente und Gesundheit statt für den Aufrüstungswahnsinn

VOR 20 JAHREN: NATO-BOMBEN AUF JUGOSLAWIEN



24. MÄRZ 1999

Am 24. März 1999 startete die NATO den ersten Bombenangriff des 78 Tage dauernden Krieges auf die serbische Hauptstadt Belgrad, damals noch Teil von Rest-Jugoslawien. Die BRD war Teil der Angriffskoalition in diesem illegalen, völkerrechtswidrigen Krieg, der ohne UNO-Mandat und ohne Ausrufung des NATO-Bündnisfalls stattfand. Dem Bombenterror fielen über 2 500 Zivilisten zum Opfer.

Krankenhäuser, Schulen, Fabriken, TV-Stationen, Brücken, Treibstofflager und Regierungsgebäude wurden zerstört. Die Bomben trafen Pendler in Zügen und Bussen ebenso wie Beschäftigte des staatlichen Fernsehens. Sowohl im Kosovo als auch in Serbien wurden Wohnviertel getroffen.

Jahrelang waren von westlichen Regierungen und Medien „die Serben“ als Alleinschuldige an den Bürgerkriegen auf dem Balkan in den 1990er Jahren verantwortlich gemacht worden. Die Kosovo-Albanische Miliz UÇK führte einen bewaffneten Kampf zur Abspaltung des Kosovo von Serbien. Im Januar 1999 diente ein angebliches Massaker im Dorf Račak als Vorwand für einen Krieg.

KRIEG GEGEN SERBIEN ...

Der damalige grüne Außenminister Fischer verstieg sich zu der Aussage, mit einem Krieg gegen Serbien ein „neues Auschwitz“ verhindern zu wollen. Schon wenige Tage später brachten große französische

Tageszeitungen Informationen, die die Version vom serbischen Massaker in Frage stellten.

Die Verhandlungen von Rambouillet, die am 6. Februar 1999 begannen, stellten an die serbische Seite Bedingungen, die keine verantwortliche Regierung annehmen konnte, u.a. die uneingeschränkte Beweglichkeit der NATO-Streitkräfte in ganz Jugoslawien. Die Verhandlungen waren der von der NATO einkalkulierte letzte Schritt zum Luftangriff gegen Jugoslawien.

... OHNE BEWEISE

Zwei Jahre nach dem angeblichen „Račak-Massaker“ und der Bombardierung Belgrads wurde berichtet, im Abschlussbericht der Gerichtsmedizinern fanden sich keine Beweise für ein Massaker an friedlichen albanischen Zivilisten durch serbische Sicherheitskräfte, wie seinerzeit vom Leiter der OSZE-Kosovo-Überwachungsmission W. Walker und vielen westlichen Politikern und Medien behauptet.

Der wahre Kriegsgrund war die Unterwerfung Serbiens und seines Präsidenten Milosevic unter die westliche, neoliberale Wirtschaftspolitik. Diese „Regime-Change“-Politik ist auch heute noch Programm der NATO.

dkp.de

Fotos Seite 1, 2, 3: UZ Archiv / Foto Seite 4: pixabay.com/photos/fighter-jet-fighter-aircraft-63028/
V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, Essen

DKP
Deutsche Kommunistische Partei